

Jahresbericht 2014

civique
forum.org

*Europäisches BürgerInnenforum
Forum Civique Européen
European Civic Forum
Forum Cívico Europeo*



Herausgeber

Europäisches BürgerInnenforum (EBF)

Forum Civique Européen

Postfach 1848

CH-4001 Basel

Telefon: 061/262 01 11

E-Mail: ch@forumcivique.org

www.forumcivique.org

Bildnachweise

Front, S.6, 9, 10, 12, 21, 22, 24: Archiv des EBF,

S. 17, 18: D. Behr, S. 19: watch the med

Druck

Ropress, Zürich

Jahresbericht 2014

Inhalt

Das EBF	
<i>Schwerpunkte und neue Herausforderungen</i>	4
Migration & Landwirtschaft	
<i>El Ejido / Spanien</i>	6
<i>Biosol / Portocarrero</i>	7
<i>Prozess gegen Simon Sabio</i>	8
Ernährung & Autonomie	
<i>Saatgut</i>	10
<i>Delegation aus Kolumbien</i>	10
<i>Lehrfilm</i>	11
<i>Bedrohter Wald</i>	13
<i>ZAD in Frankreich</i>	14
<i>Reclaim the Fields</i>	15
Flucht & Migration	
<i>Schweiz</i>	16
<i>Lesereise mit Emmanuel Mbolela</i>	16
<i>Lesungen und Filmvorführungen mit Daniel Wyss</i>	19
<i>Mittelmeer</i>	20
<i>Ukraine</i>	22
Nah & Fern	
<i>Falea / Mali</i>	25
<i>Rumänien</i>	27
<i>Widerstand gegen Neonazis in Deutschland</i>	28
<i>Die Internet-Plattform Journales</i>	29
<i>Archipel</i>	30
<i>Spenden</i>	30
<i>Adressen des EBF</i>	31

25 Jahre Europäisches BürgerInnen Forum

Schwerpunkte und neue Herausforderungen des EBF

Das EBF feiert sein 25-jähriges Bestehen und schaut auf eine bewegte Zeit zurück. Im November 1989 fiel die Berliner Mauer und einen Monat danach wurde von Menschen, die schon seit Jahren vernetzt und in Gruppierungen und Organisationen wie dem CEDRI (Europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und GastarbeiterInnen), in der Bewegung freier Radios oder in Europäischen Kooperativen von Longo maï aktiv waren, das EBF gegründet. Im Sommer 1990 fanden sich vierhundert Menschen aus Ost und West zum ersten Kongress in Limans im Süden Frankreichs ein. Ziel dieser Versammlung und aller darauf folgenden war es, direkte Verbindungen zwischen Bürger_innen aus allen vier Himmelsrichtungen herzustellen, um gemeinsam neue Formen eigenständiger Entwicklung zu schaffen, die weder dem Mechanismus des bürokratischen Zentralismus noch jenem des zügellosen «freien» Marktes unterliegen.

25 Jahre ohne den Eisernen Vorhang, aber nicht ohne Grenzen. Die Festung Europa rüstet weiter auf und akzeptiert das Sterben an seinen Aussengrenzen. Wir unterstützen weiter unsere Freund_innen vom «Komitee der medizinischen Hilfe in Transkarpatien» (CAMZ) in der Ukraine. Sie bieten vielfältige Hilfe für Flüchtlinge. Und seit dem Berichtsjahr ist ein Alarmphone für das Mittelmeer in Betrieb, das wir unterstützen. Schiffbrüchige Flüchtlinge können dort einen Notruf tätigen. Dieser wird dann an die zuständige Küstenwache weitergegeben. So kann niemand mehr sagen, man hätte von nichts gewusst.

Nach den rassistischen Ausschreitungen in El Ejido im Jahre 2000 rückte die Frage der Ausbeutung von Migrant_innen in der Landwirtschaft in den Vordergrund unserer Arbeit und Stück für Stück auch in den Fokus der Öffentlichkeit. Ein neuerer Schwerpunkt betrifft die ländliche und bäuerliche Thematik. Wir

haben uns in letzter Zeit mehr und mehr mit diesen Themen beschäftigt, weil sie überlebenswichtig sind. Wir wenden uns gegen die immer grössere Expansion der industriellen Landwirtschaft und gegen den Versuch von einigen Konzernen, die ganze Ernährung der Menschheit unter ihre Kontrolle zu bringen. Eine eingeladene Delegation aus Kolumbien konnte eindrücklich berichten wie drastisch sich die Situation von Bäuer_innen seit dem Freihandelsabkommen TLC zwischen den USA und Kolumbien verschärft hat. Wir setzen uns für Saatgut als Gemeingut ein und protestieren gegen restriktive Saatgut-Gesetze. Wir sind auch mit einer Frage konfrontiert, die genauso umfassend und weit reichend ist: Der Raubbau an Rohstoffen mit der Gefährdung der Umwelt und des Menschen. In Mali konnten wir einen Erfolg verbuchen, aller Voraussicht nach wird es in Falea keine Uranmine geben. Aber eine an Bodenschätzen derart reiche Gegend wird auch weiterhin von zerstörerischen Grossprojekten bedroht bleiben.

Die europäische Öffentlichkeit ist gut über die Verwüstung der tropischen Wälder auf dem Laufenden, dabei ist ihr weniger bekannt, dass den Wäldern bei uns und in unserer Nachbarschaft (wie in Rumänien und in der Ukraine) ein ähnliches Schicksal droht. Wir stellen heute eine gefährliche Tendenz fest, die Wälder nur noch als Rohstofflieferanten für die Energieerzeugung zu betrachten. Um einen anderen Weg aufzuzeigen, haben wir in Frankreich das «Réseau pour les Alternatives Forestières» (Alternatives Waldnetzwerk) mitbegründet, das sich neben der Erhaltung für eine schonende Nutzung unserer Wälder einsetzt.

Migration & Landwirtschaft

El Ejido:

Moderne Sklaverei unter Plastik

Für viele Flüchtlinge, die es über die oft tödlichen Grenzzäune nach Spanien geschafft haben, ist die erste Möglichkeit, Arbeit zu finden, in den Gemüseproduktionen oder in der Verpackungsindustrie in El Ejido (Andalusien). Dort werden unter Plastik und menschenunwürdigen Zuständen jährlich drei Millionen Tonnen Obst und Gemüse für den Export produziert. Über mehr als 320 km² erstreckt sich die industrielle Landwirtschaft mit ihrer modernen Sklaverei, in der rund 100.000 Migrant_innen aus dem Maghreb, Lateinamerika, Schwarzafrika und Osteuropa zu niedrigsten Löhnen arbeiten, oft ohne Arbeitsvertrag und von Spanien illegalisiert.

Februar 2000: Rassismus, der zu progromartigen Ausschreitungen führt.



Die rassistischen Ausschreitungen gegen marokkanische Landarbeiter_innen in der Stadt El Ejido im Jahr 2000 waren der Auslöser, sich mit den Zuständen im Plastikmeer zu befassen. Ans Licht kam dabei eine Realität, die nicht nur in Andalusien, sondern auch andernorts in der europäischen Intensivlandwirtschaft vorherrscht: Ob Tomaten aus El Ejido, Erdbeeren aus Huelva oder Orangen aus dem kalabrischen Rosarno, sie alle sind Inbegriff eines Agrarsystems, das auf der rücksichtslosen Ausbeutung von Migrant_innen und der Umwelt beruht.

Biosol und Portocarrero

Die Unternehmen nutzen die grosse Arbeitslosigkeit, um die Gewerkschaften zu schwächen und unbequeme Arbeiter_innen auf die Strasse zu stellen. So entliess zum Beispiel die Gemüseanbau- und Verpackungsfirma «Biosol-Portocarrero» im Berichtsjahr unter einem fadenscheinigen Vorwand fünf Frauen, die seit langem für ihre Rechte kämpfen und es 2011 geschafft haben, eine Gewerkschaftssektion der SOC im Unternehmen aufzubauen. Unsere Freund_innen der SOC liessen nichts unversucht, um deren Wiedereinstellung zu erreichen. Es wurden Verhandlungen auf verschiedenen Ebenen geführt. Doch Biosol blieb stur. Das EBF hat zahlreiche schweizerische und internationale Organisationen kontaktiert, damit sie zu Gunsten der ArbeiterInnen intervenieren worauf sich Biosuisse gezwungen sah, dem Betrieb ihr Gütesiegel zu entziehen.

Prozess gegen Simon Sabio

Im Frühjahr 2013 verschwand der Unternehmer Simon Sabio aus dem südspanischen Plastikmeer, auf dessen 35-Hektaren-Betrieb aus Plastiktunnels 130 Tagelöhner_innen beschäftigt waren, und tauchte erst Monate später in Marokko wieder auf – ausserhalb der Reichweite der spanischen Justiz. Er floh vor dem gewaltigen Schuldenberg von 2 Millionen Euro nicht bezahlter Löhne an seine Landarbeiter_innen. Unlautere Unternehmen zahlen den Papierlosen in der Landwirtschaft oft nur einen Teil des Lohnes aus, um damit diese mittellosen Menschen an ihr Unternehmen zu binden. Jeden Monat fand der Unternehmer neue Ausreden, um nicht den ganzen Lohn auszuzahlen. Die Landarbeiter_innen fürchteten, die Ausstände zu verlieren und wagten nicht, das Unternehmen zu verlassen. Die geprellten Menschen in Simon Sabios Unternehmen besetzten einen Teil der Plastiktunnels und bewirtschafteten sie weiter, konnten jedoch die Besetzung nicht aufrechterhalten. Die juristische Abteilung der SOC verteidigt die Landarbeiter_innen bei den anstehenden Prozessen. Bis jetzt konnten 130 Sans Papier regularisiert werden.



Ernährung & Autonomie

Saatgut

Eine Delegation aus Kolumbien

Mit der Beschlagnahmung und Zerstörung von 4000 Tonnen Saatgut zwischen 2010 und 2013 durch die kolumbianische Regierung ist der Kampf um die freie Saatgutvermehrung und die Bewahrung von bäuerlichem Saatgut ins Blickfeld der Gesellschaft gerückt. Die Regierung hatte im Zusammenhang mit der Unterzeichnung von Freihandelsabkommen (TLC) ein Dekret erlassen, das den Anbau und die Verbreitung aller nicht registrierten Sorten, und damit eines grossen Teils der einheimischen und von den Bäuer_innen selbst vermehrten Sorten, verbietet.

Im Frühjahr 2014 hat die Europäische Kooperative Longo maï eine Delegation aus Kolumbien eingeladen und in Zusammenarbeit mit dem EBF eine Tournee in Holland, in der Schweiz, in Deutschland und in Frankreich organisiert. Die drei Vertreter_innen haben über ihre Arbeit für die Erhaltung der Saatgutvielfalt berichtet.



Aktuell ist das Thema Saatgut auch in Europa, wo das EU-Parlament im März 2014 die neue EU-Saatgutverordnung auf Grund massiver Proteste mit grosser Mehrheit abgelehnt hat. Die Verordnung wollte u.a. die Nutzung aller nicht registrierten Sorten nur noch in Form von streng geregelten Ausnahmen zulassen. Oft unterschätzt wird die Tatsache, dass die EU ihre Saatgutgesetzgebung bei der Öffnung nationaler Märkte durch Freihandelsabkommen auch den Partnerländern aufzwingt. Damit öffnet sie diese Märkte für die europäischen Saatgutkonzerne wie Syngenta, Bayer, Limagrain und alle anderen. Das EBF setzt sich für Saatgut als Gemeingut ein. Saatgut öffentlicher Sorten muss weiterproduziert und frei verbreitet werden dürfen.

Lehrfilm

Das EBF unterstützt die Arbeiten an der Realisierung des Lehrfilms «Saatgut ist Gemeingut – Anleitung zur Samengärtnerei». Er richtet sich an alle, die Saatgut selbst vermehren wollen und sich so für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt einsetzen. Im Berichtsjahr wurden Aufnahmen in den Gärten des französischen Vereins Kokopelli und der Kooperative von Longo mäi gemacht.

Der Film wird ein Verständnis für die Entwicklung der Pflanzen, vom Samen bis wieder zum Samen, für die Blütenbiologie der verschiedenen Pflanzenfamilien und deren Befruchtung vermitteln. Die vielfältigen Handgriffe und Methoden werden aufgezeigt, die beim Anbau, Ernten, Sortieren und Lagern von Saatgut angewendet werden. Eine filmische Umsetzung des Wissens rund um Saatgut erleichtert den Zugang zum Thema für

Laien und ist gerade auch in den Ländern von grossem Vorteil, in denen Fachliteratur kaum verbreitet ist. Der Filmprojektrailer ist im Internet zugänglich. Der möglichst in allen Sprachregionen einsetzbare Lehrfilm wird später auch über das Internet frei zur Verfügung stehen.

Kontakt: seedfilm@yahoo.fr

Demonstration in Bern gegen die Vernichtung des Saatgutes in Kolumbien. Mai 2014.



Wald

E.On baut gigantisches Biomasse-Kraftwerk

Holz wird zu einem der wichtigsten Rohstoffe einer «alternativen» Energiegewinnung. Das hat katastrophale Folgen für die Wälder weltweit und eine lokale, nachhaltige Holzverarbeitung. So wird im südfranzösischen Gardanne von dem Energieriesen E.On weiter an dem Projekt eines gigantischen Biomasse-Kraftwerkes gearbeitet. Im Oktober des Berichtsjahres beteiligten sich Mitglieder des EBF an zwei Demonstrationen vor Ort: in Gardanne und etwas später in Florac in den Cevennen. Trotz der Proteste, trotz zweier Rekurse gegen die bereits gewährten Betriebsgenehmigungen an E.On, trotz der starken Kritik aus Expert_innenkreisen, der Forstarbeiter_innen-Gewerkschaft und der Kommunalpolitiker_innen, verfolgt E.On die Vorbereitungsarbeiten für sein wahnwitziges Biomasse-Projekt, das durch Holzverbrennung elektrische Energie erzeugen soll. Die Ankündigung dieses Mega-Kraftwerkes hat bereits starke Spannungen auf dem Holzmarkt in der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur und sogar über diese hinaus ausgelöst. Daraus folgt ein beträchtlicher Preisanstieg, der auch Konsequenzen für die Betreiber_innen der 220 kleineren, von lokalen Körperschaften betriebenen Heizwerken in der Region hat. Diese könnten in den nächsten Jahren mit einer noch grösseren Kostenexplosion konfrontiert werden. Alle wenden sich der Ressource Holz zu, als ob sie unerschöpflich wäre. «Holz wird in Zukunft die wichtigste erneuerbare Energie Frankreichs sein», bestätigte kürzlich die Energieministerin Ségolène Royal, die das Wachstum dieser Sparte rühmt. Dabei werden nicht nur Wälder in Frankreich verwüstet. Es wird immer deutlicher, dass die langfristige «Lösung» im Import riesiger Mengen von Holz liegt.

Das Resultat ist bereits sichtbar: Kahlschläge von unvorstellbarer Grösse in Ländern wie Kanada. Und dies in einem Ausmass, dass Kanada zum Land mit der höchsten Abholzungsrate geworden ist

– vor Brasilien, vor Indonesien. Der Appetit von Schwergewichten wie E.On ist so enorm, dass die Bedrohung tatsächlich global ist. Die Konsequenz wird eine Beschleunigung der Abholzung sein, aber auch eine neue Welle von Landgrabbing für riesige Pflanzungen schnellwachsender, genveränderter Bäume. Die Zunahme der Biomasse-Importe der EU könnte in großem Masse zu Landgrabbing in den südlichen Ländern führen, so wie dies bei der europäischen Agrotreibstoff-Politik der Fall ist. Eine grüne Energiewende sieht anders aus. Der Ausstoss an Feinpartikeln, Dioxinen und Holzstaub ist eine Bedrohung für die öffentliche Gesundheit. Um eine gelebte Alternative aufzuzeigen hat das EBF in Frankreich das «Réseau pour les Alternatives Forestières» (Alternatives Waldnetzwerk) mitbegründet, das sich neben der Erhaltung für eine schonende Nutzung der Wälder einsetzt.

ZAD in Frankreich

Seit einigen Jahren können wir vermehrt beobachten, wie sich in Frankreich Gruppen bilden, die sich gegen sinnlose Grossprojekte wehren und sogenannte „Zone à défendre“ (ZAD) ausrufen: so im Norden bei Nantes gegen einen Flughafen. Oder im Südwesten gegen ein Staudammprojekt. Dort wurde Ende Oktober ein junger Mann bei einer Demonstration durch eine von der Polizei abgefeuerten Granate getötet. Das war der traurige Höhepunkt einer Eskalation, um die so notwendigen Kämpfe für die Erhaltung der Umwelt und den Schutz bestimmter Territorien zu kriminalisieren. Die Menschen die sich in den ZADs engagieren

wollen nichts weniger als eine breit angelegte Wiederaneignung unserer Existenzgrundlagen und eine klare Absage an die demokratisch nicht legitimierte Betonierung landwirtschaftlicher und naturbelassener Flächen.

Reclaim the Fields

Seit Beginn beteiligen sich Aktivist_innen des EBF am Netzwerk «Reclaim the Fields» (RtF). Dieses hat zum Ziel, jungen Menschen ohne Zugang zu Land Möglichkeiten aufzuzeigen, wieder Perspektiven in ruralen Gebieten zu finden. Gemeinsam wird über Alternativen zur industriellen Landwirtschaft nachgedacht und über Konzepte, sich dieser konkret in den Weg zu stellen. So war RtF in der Vergangenheit Mitorganisator von Landbesetzungen zum Beispiel in Notre Dame des Landes, der ZAD bei Nantes oder in Dijon, wo bis heute zig Kollektivgärten bewirtschaftet werden. Im Betriebsjahr nahmen Mitglieder des EBF an einem europäischen Treffen in Österreich in der «Mühle von Nikitsch» teil. Dort berichteten Menschen über Widerstand und Perspektiven gegen genveränderte Organismen in Italien, Österreich und Belgien. An einem Treffen in Roanne in Frankreich wurde beschlossen, ein informelles Ausbildungsnetzwerk ins Leben zu rufen. Ein gutes Dutzend Höfe beteiligen sich bereits, um traditionelles Wissen im Bereich Landwirtschaft an interessierte junge Menschen weiterzugeben.

Flucht & Migration

Schweiz

Im Berichtsjahr arbeiteten drei Mitglieder des EBF in den Vorständen der Anlaufstelle für Sans-Papiers in Basel, im jurassischen Unterstützungskomitee für Sans-Papiers und in Solidarité sans frontières. Ein zusätzlicher Schwerpunkt aller drei Organisationen war im Berichtsjahr, nebst den anfallenden Kernaufgaben, das Engagement gegen die sogenannte Ecopop-Initiative. Diese kam im November zur Abstimmung und wurde deutlich verworfen. Das Hauptziel dieser angestrebten grünbraunen Verfassungsänderung war eine Begrenzung der jährlichen Zuwanderung in die Schweiz aus so genannt ökologischen Gründen. Dem vorausgegangen war die knappe Annahme der SVP-Masseneinwanderungsinitiative. Diese wurde von allen anderen Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden abgelehnt – und trotzdem am 9. Februar von einer knappen Mehrheit der Abstimmenden angenommen (50,1 % stimmten dafür). Dieses knappe JA droht zu einer massiven Verschlechterung der Rechte der 1,8 Millionen Menschen zu führen, die in der Schweiz leben, aber keinen Schweizer Pass haben.

Lesereise mit Emmanuel Mbolela

Im Mai 2014 erschien im Wiener Mandelbaum-Verlag die erste Auflage des Buches „Mein Weg vom Kongo nach Europa – zwischen Widerstand, Flucht und Exil“ des Autors und Aktivisten Emmanuel Mbolela. Dieter Behr vom EBF übersetzte das Buch und begleitete Mbolela bei den über 50 Lesungen in Österreich, Deutschland und der Schweiz, viele davon an Schulen. Inzwischen ist das Buch in der dritten Auflage. Das anhaltende Interesse an Mbolelas Buch ist äußerst begrüßenswert, gleichzeitig aber auch

bitter notwendig; steht doch die persönliche Fluchtgeschichte und politische Autobiographie des Autors für abertausende Flüchtlinge und Migrant_innen, denen heute der Zutritt zur Europäischen Union verwehrt wird.

Mit dem Buch und den Lesereisen wird explizit für den Aufbau eines Schutzhauses für migrantische Frauen in Rabat geworben. Gerade Frauen sind auf der Reise vielfältigen Gewaltverhältnissen ausgesetzt und benötigen nach der Durchquerung der Wüste oft dringend einen Raum, an dem sie neue Kraft und Hoffnung schöpfen können. Astrid Mukendji, eine Mitstreiterin von Emmanuel, die ebenfalls aus dem Kongo kommt, betreut das Schutzhaus. Es ist geplant, sie gemeinsam mit Emmanuel gegen Ende des Jahres 2015 für eine ausführliche Präsentationstournee einzuladen und auch mit ihr möglichst viele Schulen zu besuchen.

Emmanuel Mbolela und Dieter Behr vor einer Gruppe Schüler_innen.



Emmanuel Mbolela und Dieter Behr sind im transnationalen Netzwerk «Afrique Europe Interact» (AEI) engagiert. Dieses Netzwerk kämpft für globale Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklungsperspektiven für Länder des globalen Südens. Anfragen für Lesungen und Diskussionen können gerne per email an Dieter Behr gerichtet werden.

da.behr@reflex.at

www.afrique-europe-interact.net

Vom 14. bis 16. Oktober 2014 organisierte das EBF mit anderen Organisationen drei Lesungen in Basel, Bern und Zürich.



Lesungen und Filmvorführungen mit Daniel Wyss

In mehreren Städten fanden Lesungen des Buches «Ein unbequemes Leben, Cornelius Koch, Flüchtlingskaplan»* mit den Autoren Claude Braun, Michael Rössler vom EBF und dem Filmmacher Daniel Wyss aus Lausanne statt. Daniel Wyss spielte Archivbilder des Schweizer Fernsehens über Kaplan Koch in die Lesungen ein. Die Lesungen fanden in Fribourg, Lugano, Lausanne und Vevey statt, es nahmen daran jeweils zwischen 30 und 100 Personen teil.

Daniel Wyss realisierte einen Dokumentarfilm über die Freiplatzaktion für Chileflüchtlinge in der Schweiz von 1973, in welchem ein EBF-Mitglied stark mitwirkte. Das Resultat ist der ausgezeichnete Film „Das Boot ist nicht voll“, der 56 Minuten dauert und jetzt als DVD gekauft werden kann. Die Vorpremiere fand an der Longo-mai-Ausstellung in Zürich statt und die offizielle Premiere an den Solothurner Filmfesttagen. Danach wurde er in allen Sprachkanälen des Schweizer Fernsehens und in zahlreichen Kinos ausgestrahlt.

*Erschienen 2011 auf deutsch beim „Zytglogge-Verlag“ in Oberhofen bei Thun (BE) und 2013 bei den „Editions d'En bas“ in Lausanne.

Mittelmeer

Tausende Flüchtlinge sterben Jahr für Jahr bei dem Versuch, von Afrika nach Europa zu gelangen.

Um nicht tatenlos dieser humanitären Katastrophe zu zuschauen, haben sich verschiedene Menschenrechtsgruppen zusammengetan, um ein Notruftelefon für Bootsflüchtlinge im Mittelmeer zu starten: das «Watch the Med Alarm Phone». Das Notruftelefon ist rund um die Uhr mit Freiwilligen besetzt, darunter auch mit einem Mitglied des EBF. Die Nummer kursiert seit Monaten unter Flüchtlingen in Nordafrika und in der Türkei, auch dank der Kontakte von Emmanuel Mbolela der vor seiner Ankunft in Europa in Marokko ausharren musste.

Auf allen Booten gibt es Menschen, die ein mobiles Telefon bei sich haben und so die Möglichkeit ergreifen können, Hilfe anzufordern. Da die Küstenwachen aber nicht immer reagieren und manchmal sogar eine illegale Rückschiebung vollziehen, hilft es, von ziviler Seite aus zu intervenieren. Wenn während des Telefonats der Eindruck entsteht, dass nicht sofort Rettungsmassnahmen eingeleitet werden, kontaktiert man das UNHCR und andere Organisationen, um den Druck auf die Küstenwachen zu erhöhen.

Dank modernster Technik können die Unglücksstelle und die zuständige Küstenwache bestimmt und kontaktiert werden.

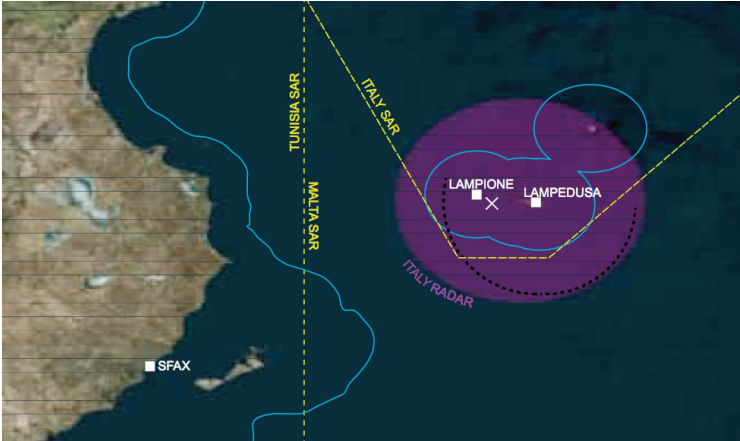


Foto: www.watchthemed.net

Ukraine

Mit großem Interesse hat das EBF die Ereignisse am Anfang der Proteste gegen Korruption und Willkür auf dem Maidan-Platz in Kiew verfolgt. Um die Situation besser zu verstehen, hat das EBF direkt Betroffene und Beteiligte zu Wort kommen lassen, und ist selber vor Ort gewesen. So nahmen trotz der unruhigen Zeiten Mitglieder des EBF am 3. Filmfestival des «Komitees der medizinischen Hilfe in Transkarpatien» (CAMZ) im Januar des Berichtsjahres in Uschgorod teil, gemeinsam mit dem Schweizer Dokumentarfilmer Fernand Melgar.

Das CAMZ, eine Partnerorganisation des EBF in der Ukraine, setzte im Berichtsjahr seine Arbeit im Bereich der Betreuung von Flüchtlingen und Migrant_innen fort, die an der Aussengrenze der EU in die Ukraine zurückgeschoben werden. Die Schwerpunkte der Arbeit sind weiterhin die soziale Betreuung und die medizinische Versorgung der Migrant_innen. Das EBF unterstützte auch 2014 die gesamte Arbeit des CAMZ. Im Juni fand in Bern die vom EBF mitorganisierte Tagung «Die Ukraine im Umbruch» statt. Dazu luden wir Gäste aus Transkarpatien (Westukraine), aus der Hauptstadt Kiew und aus der ostukrainischen Stadt Lugansk ein. Alle in Bern anwesenden Ukrainer_innen waren in der Maidan-Bewegung engagiert und sind seit vielen Jahren in zivilgesellschaftlichen Initiativen tätig. Bei der Tagung in Bern diskutierten wir in verschiedenen Arbeitsgruppen, an denen rund 80 Schweizer_innen, Ukrainer_innen und Russ_innen aus der Diaspora teilnahmen. Die Referent_innen trafen am darauf folgenden Tag Abgeordnete der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, dazu einen Vertreter der «Erklärung von Bern», der sich mit der Frage der Fluchtgelder aus der Ukraine befasst. Auch waren sie an einen Runden Tisch der Organisation «swisspeace» und des «Kompetenzzentrums Friedensförderung»

(KOFF) in Bern eingeladen. Unsere Gäste äusserten bei den verschiedenen Anlässen ihre Anliegen und einige Ideen wurden besprochen: ein Aufruf an die Schweizer Regierung und die OSZE für eine grosszügige humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge aus der Ostukraine in den verschiedenen Regionen der Ukraine und auch in Russland, Unterstützung von unabhängigen Medien, welche der Kriegspropaganda auf allen Seiten etwas entgegensetzt, Zusammenarbeit bei der journalistischen Ausbildung, Beratung beim Aufbau föderalistischer staatlicher Strukturen, die Rückführung der eingefrorenen Fluchtgelder auf Schweizer Bankkonten des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Janukowytsch und seiner Entourage, mit der Auflage, dass die Mittel für humanitäre und soziale Aufgaben verwendet werden.

Pressekonferenz in Uschgorod: Fernand Melgar und Natacha Kabatsiy vom CAMZ



Gefängnislager in Tschop (Ukraine): Ein algerischer Flüchtling in Abschiebehaft.



Nah & Fern

Mali – reich an Rohstoffen aber unter Vormundschaft

Durch eine Aktion gegen die Abschiebung von 101 Malier_innen im Jahre 1986 in Frankreich entstanden freundschaftliche Verbindungen zwischen dem malischen Widerstand und Mitgliedern des EBF. Damals wies der französische Innenminister Pasquar papierlose Migrant_innen per Flugzeug aus. 2009 haben aus Falea stammende Freunde gefragt, ob das EBF helfen könne, die erste malische Uranmine in ihrer Gemeinde zu verhindern. Die Stadt Genf, die CRIIRAD aus Valence, das Umweltinstitut in Darmstadt und die zweimonatlich erscheinende «Revue durable» waren 2010 die ersten Alliierten gegen die drohende Zerstörung von Falea und seinen 21 Dörfern. Dank der Bürgerinitiative der Freund_innen vor Ort konnte eine Kommunikationseinheit mit einem Satelliten-Telefon eingerichtet werden. Ein freies lokales Radio informiert die Bevölkerung über die Gefahren einer Uranmine. Das EBF organisierte mehrere internationale Delegationen unter anderem mit Eva Joli und Michele Rivasi. Eine Ausstellung über Falea und die Bedrohung durch eine Uranmine wurde in einer zentralen Halle des Europaparlamentes in Brüssel so wie in anderen Städten gezeigt. Vertreter der Bürgerinitiative von Falea nahmen an internationalen Konferenzen unter anderem in Basel, Bamako und Dar es Salam teil.

Im Jahresbericht 2013 formulierte das EBF die Hoffnung, dass die Uranmine verhindert werden kann. Nun kann sie bestätigt werden: Im Schatten der riesigen Katastrophe von Fukushima hat der Widerstand der Einwohner_innen von Falea Erfolg: in den kommenden Jahren findet in Falea kein Uranabbau statt. Eigentlich war im Jahre 2014 eine Volksbefragung in Falea vorgesehen. Rémy Pagani, Stadtrat von Genf, liess mehrere Male anfragen, ob diese stattfinden. Er wollte als Beobachter teilnehmen.



Wasserprobe an einer verseuchten Quelle.

Doch die neue Inhaberin der Explorationsrechte «DENISON MINE» hat die Explorationsbohrmaschinen und weiteres Material aus ihrem Camp in Falea abgezogen. Die seit Jahren ausstehende Umweltverträglichkeitsprüfung - Grundlage für eine offizielle Abbaubewilligung - ist irgendwo in einer Schublade.

Der Fluch des Rohstoffreichtums schwebt immer noch über Falea. Die Anzahl von erteilten Explorations- und Abbaukonzessionen ist in den letzten Jahren nochmals stark angestiegen. Der industrielle Abbau von Gold, Silber, Bauxit, Chrom, Zink und Titanvorkommen bedrohen das Grundwasser und können in Zukunft zu einer Verschmutzung der grossen Ströme Westafrikas

führen. Die Bürgerinitiative von Falea hat in den letzten fünf Jahren reichhaltige Erfahrungen sammeln können. Sie überlegte, ob es möglich wäre, mit den verschiedensten Initiativen im Einzugsgebiet des 1700 km langen Senegal-Stromes ein Netz der Solidarität aufzubauen und einen Erfahrungsaustausch mit Initiativgruppen zu entwickeln, die gegen die drohende oder effektive Verschmutzung in Wassereinzugsgebieten anderer Flüsse und Ströme aktiv sind. Im Jahre 2014 hat die Gemeinde einen weiteren Etappensieg errungen: Es gelang ihr die Zentralregierung soweit zu bringen, die notwendigen Mittel für eine Motorfähre über den Falémé freizugeben.

Rumänien

In Rumänien war das EBF 2014 Partner des «IV. Europäischen Forums gegen unnütze und aufgezwungene Grossprojekte», das in Rosia Montana stattfand. Vertreter_innen beteiligten sich an den verschiedenen Workshops und waren im internationalen Übersetzer_innen-Team aktiv. Den Widerstand gegen die in Rosia Montana geplante Goldmine begleitet das EBF ebenso weiter wie jene gegen die Zerstörung kleinbäuerlicher Strukturen durch Schiefergas-Erkundungen internationaler Konzerne und beobachtet aufmerksam die neuen Entwicklungen unter dem im Herbst gewählten Präsidenten.

Widerstand gegen Neonazis in Deutschland

Am 8. Mai 1945 unterzeichnete die militärische Führung des untergegangenen «Dritten Reiches» die bedingungslose Kapitulation. Zu diesem Datum der Befreiung Deutschlands vom Nazismus hat auch 2014, 69 Jahre später, die NPD in Demmin, einer Stadt in Mecklenburg-Vorpommern, zu einem Fackelmarsch aufgerufen, zum Gedenken an diejenigen, die in den letzten Kriegstagen dort Selbstmord begangen haben. Die Neonazis missbrauchen diese dramatischen Ereignisse für ihre Propagandazwecke. Zahlreiche Organisationen im ganzen Bundesland und darüber hinaus rufen jährlich dazu auf, in unterschiedlichen Formen gegen diesen Marsch zu protestieren. In Demmin selbst besteht das Aktionsbündnis 8. Mai, zu dem sich auch das EBF zählt. Es ist ein offener Zusammenschluss von Bürger_innen der Stadt und der Umgebung, der sich seit mehreren Jahren mit diesem seit 2006 jährlich stattfindenden Marsch der NPD auseinandersetzt. Es kamen ca. 800 Personen zu den unterschiedlichen, friedlichen Protesten, die brutal von der Polizei verhindert wurden. So musste ein junger Franzose, der beim EBF zu Gast war, ins künstliche Koma versetzt werden, nachdem ihn drei Polizisten schwer misshandelt hatten. Im Widerspruch zu allen Augenzeugenberichten beschuldigt die Polizei im Nachhinein den jungen Franzosen, drei Polizisten verletzt zu haben. Das EBF organisierte juristische Hilfe für den Betroffenen und setzt sich weiterhin dafür ein, dass der Auftritt der Neonazis früher oder später verhindert werden kann.

Die Internet-Plattform Journarles

Vor zehn Jahren gründeten Mitglieder des EBF die Internet-Plattform JournArles im – wie der Name enthüllt – südfranzösischen Städtchen Arles. Die lokalen NRO wie «Attac», die «Liga für Menschenrechte» oder die «Confédération Paysanne» veröffentlichten auf dieser Homepage Informationen zu ihren verschiedenen Aktivitäten. Einzelne Aktivist_innen waren eingeladen, die digitale Feder zu ergreifen und ihre Kritik an den herrschenden Verhältnissen kundzutun.

Im Verlaufe der letzten Jahre entstand im Rahmen von Journarles eine kleine Arbeitsgruppe, die Bildungsbroschüren zur versteckten Seite des Geldes, Geldschöpfung, Zins, Kredit und Alternativen redigierte und publizierte. 2014 hat diese AG den deutsch-englischen Film *Der Schein trügt – In what we trust* mit französischen Untertiteln versehen und als «Devises trompeuses – des alternatives à un marché de dupes» als Film und DVD herausgegeben. Dies wurde durch den Erlös aus dem Verkauf der Broschüren von mehr als 30'000 Exemplaren und einem Beitrag des EBF ermöglicht.

2015 soll dieser Bildungs- und Informationsfilm Interesse und Verständnis für ein regionales Zahlungsinstrument mit Namen PROVENSOL schaffen.

www.derscheintruegt.com
www.journarles.org

Archipel

die Monatszeitschrift des Europäischen BürgerInnenforums

Archipel erscheint seit September 1993 elf Mal im Jahr auf Deutsch und Französisch in einer Auflage von ca. 5'000 Exemplaren. Sie wird zum Teil im Abonnement in Deutschland, Österreich, Frankreich und vor allem in der Schweiz vertrieben. Zusätzlich wird Archipel in Osteuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika an Kontakte des EBF gratis verschickt, die sich ein bezahltes Abo nicht leisten können. Archipel berichtet über die Aktivitäten des EBF und anderer Gruppen und Individuen, bringt Reportagen und Analysen über das politische Zeitgeschehen, aber auch Gedanken zu Geschichte und Philosophie.

Das Archipel-Archiv finden Sie unter: www.forumcivique.org

Spenden

Langfristige Solidarität dank regelmässiger Beiträge

Das EBF will in Zusammenarbeit mit betroffenen Menschen langfristige Veränderungen bewirken. Mit regelmässigen Spenden helfen Sie, Anlaufstellen zu finanzieren, Information zu verbreiten, Beobachter_innendelegationen vor Ort zu entsenden, rechtliche Unterstützung zu gewähren, Solidaritätsnetze aufzubauen.

Kostensparendes Verfahren:

Für jede Einzahlung auf ein Bank- oder ein Postscheckkonto verrechnen Bank oder Post Gebühren. Mit einem Lastschrift-Auftrag bei der Post (DD) oder bei Ihrer Bank (LSV) können Sie die Arbeit des EBF unterstützen und gleichzeitig mithelfen, Verwaltungskosten zu senken. Weder Ihnen noch dem EBF entstehen dadurch Kosten. Bei jeder Belastung werden Sie von Ihrer Bank oder der Post verständigt. Falls Sie es sich anders überlegen sollten, können Sie mit Ihrer Unterschrift auf der jeweiligen Belastungsanzeige die Zahlung rückgängig machen.

Adressen des EBF

Schweiz:

Europäisches BürgerInnen Forum
St.Johanns-Vorstadt 13, Postfach 1848
CH-4001 Basel
Tel.: +41-61-262 01 11
E-Mail: ch@forumcivique.org

Deutschland:

Hof Ulenkrug
Stubbendorf 68
D-17 159 Dargun
Tel.: +49-399 59-20 329
E-Mail: de@forumcivique.org

Frankreich:

Hameau de St-Hippolyte
F-04300 Limans
Tel.: +33-492 73 05 98
E-Mail: fr@forumcivique.org

Ukraine:

Vul. Borkanyuka 97
UA-90440 Nizhne Selishche
Khust, Zakarpattia
E-Mail: ua@forumcivique.org

Österreich:

Lobnik 16
A-9135 Bad Eisenkappel/ Zeleзна Kapla
Tel.: +43-42 38-87 05
E-Mail: at@forumcivique.org

Rumänien:

Joachim Cotaru
Str. Bisericii 234
RO-557 168 Hosman (SB)
E-Mail: ro@forumcivique.org

Internetseite:

www.forumcivique.org

Alle erwähnten Publikationen können hier bestellt werden.

Spendenkonto

Spenden in CHF an: PC 40-8523-5

IBAN : CH24 0900 0000 4000 8523 5

BIC : POFICHBEXXX

Spenden in Euro an: Komitee Europ. Bürgerforum Schweiz

BKB-EURO-KONTO

IBAN : CH56 0077 0016 5490 9272 8

BIC : BKBBCHBBXXX

Der Verein EBF ist in der Schweiz als gemeinnützig anerkannt.

civique
forum!org

Europäisches BürgerInnenforum

Forum Civique Européen

European Civic Forum

Forum Cívico Europeo